

# Landkreis Teltow-Fläming

## Die Landrätin



Kreisverwaltung Teltow-Fläming • Am Nuthefließ 2 • 14943 Luckenwalde

Dezernat: III  
Rechtsamt / Recht  
Dienstgebäude: Am Nuthefließ 2

Frau Kathrin Hartwig  
Kindertagesstätte „Kleine Füchse“  
Lüdersorfer Straße 3  
15838 Am Mellensee /  
OT Kummersdorf

Auskunft: Frau Neubert  
Zimmer: C5-2-12  
Telefon: 03371 608-1320  
Telefax: 03371 608-9085  
E-Mail: Franziska.Neubert@teltow-flaeming.de \*  
Datum: 31.01.2022  
Aktenz.: 30.40.84.1.22

### Petition vom 06.12.2021, hier eingegangen am 30.12.2021

Sehr geehrte Frau Hartwig,

in vorbezeichneter Angelegenheit ist der vorgetragene Sachverhalt unter Berücksichtigung einer Stellungnahme durch das Straßenverkehrsamt, Sachgebiet Verkehrssicherheit und Verkehrslenkung, geprüft worden.

Mit Ihrer Petition verfolgen Sie das Ziel, auf der Lüdersdorfer Straße und der Parkstraße (L 70) in der Gemeinde Am Mellensee, OT Kummersdorf-Alexanderdorf eine Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu erreichen. Zur Begründung führen Sie aus, dass sie seit Januar 2021 als selbständige Tagespflegeperson fünf Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren betreuen und die Objektlage aus beiden Richtungen kommend sehr unübersichtlich und nicht einsehbar sei. Die Verkehrsteilnehmer mit Fahrzeugen würden aufgrund der niedrigen Verkehrsdichte mit überhöhter Geschwindigkeit aus beiden Richtungen kommend die Straße befahren und überquerende Fußgänger meist erst spät bemerken. Die gleiche Situation bestehe an zwei weiteren Stellen der L 70 in der Ortslage, wenn Sie diese zum Zwecke der Spazierfahrten mit dem Kinderwagen überqueren würden. Schließlich haben die Eltern der Tagespflegekinder auch bei der Querung der Straße die vorbenannten Probleme, da eine Parkmöglichkeit lediglich auf der gegenüberliegenden Straßenseite der Tagespflegestelle bestehen würde.

Ihrer Petition haben Sie eine Anlage zur Darstellung der Ortslage und Objektlage als Karte, Unterstützerunterschriften sowie eine Stellungnahme des Ortsbeirats des Ortsteils Kummersdorf-Alexanderdorf der Gemeinde Am Mellensee vom 03.01.2022 beigelegt.

\* Die genannte E-Mail Adresse dient nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung

Öffnungszeiten:  
Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 15:00 Uhr  
Donnerstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 17:30 Uhr

Telefon: 03371 608-0  
Telefax: 03371 608-9100  
UST-IdNr.: DE162693698

Bankverbindung:  
Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam  
Gläubiger-ID: DE 87 LTF 000 002 134 52  
BIC: WELADED1PMB  
IBAN: DE86 1605 0000 3633 0275 98

Einzelne Beratungsdienste haben andere Öffnungszeiten. Diese erfahren Sie über die Telefonzentrale oder im Internet.  
Sie können Ihr Anliegen nach Absprache mit dem Mitarbeiter auch Mo, Di, Mi, Do bis 19:00 Uhr und Fr bis 16:00 Uhr in der Kreisverwaltung erledigen.

Internet: <http://www.teltow-flaeming.de>

Das Ergebnis der Prüfung im Landkreis hat ergeben, dass die Betreuung einer Tagespflege von Kleinkindern eine Beschränkung der innerorts zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der Lüdersdorfer Straße in Kummersdorf-Alexanderdorf nicht erfordert.

Dem Vorgenannten liegen folgende Erwägungen zugrunde:

Die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) zur Geschwindigkeitsbeschränkung auf öffentlichen Straßen im Bereich vor sensiblen Einrichtungen können hier nicht angewendet werden. Allgemeine Erwägungen zur Sicherheit bei einer Benutzung der Lüdersdorfer Straße und anderer öffentlicher Straßen im Ortsteil mit einem Kinderwagen allein rechtfertigen eine Beschränkung des innerörtlichen Verkehrs nicht.

Für den betreffenden Abschnitt der Ortsdurchfahrt wurden seit 2012 nach Hinweisen der Anwohner, der Gemeindeverwaltung und der zuständigen Revierpolizistin mehrere straßenverkehrsrechtliche Prüfungen durchgeführt. Daraufhin erfolgte im Jahr 2016 die Anordnung einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h für Lkw aus Gründen des Lärmschutzes. Weitere straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen, insbesondere aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs im Sinne des § 45 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. Absatz 9 StVO, sind gegenwärtig nicht erforderlich. Eine diesbezügliche Überprüfung der Ortslage fand unter Beteiligung der Polizei zuletzt im Juni 2021 statt.

Zur Einordnung Ihres Antrags ist zunächst darauf verwiesen, dass der Straßenverkehrsbehörde die Verkehrsregelungspflicht als Amtspflicht obliegt. Sie hat bei jeder Gelegenheit die Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf des Verkehrs zu prüfen. Aufgrund dieses Amtsermittlungsgrundsatzes zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit erfolgt bei Hinweisen aus der Bevölkerung immer eine Prüfung der vorgebrachten Belange. Grundsätzlich sind straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen auf den Schutz der Allgemeinheit und nicht auf die Wahrung der Interessen Einzelner gerichtet. Eine Antragsbefugnis auf bestimmte, den Verkehr regelnde Maßnahmen besteht grundsätzlich nicht. Der Einzelne kann jedoch in bestimmten Fällen einen Anspruch auf verkehrsregelndes Einschreiten haben. Dies ist jedoch nur der Fall, wenn die Verletzung eigener öffentlich-rechtlich geschützter Individualinteressen in Betracht kommt. Dazu gehört insbesondere das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG) und Eigentum (Art. 14 GG). Nur soweit eine solche durch den Straßenverkehr verursachte Gefährdung durch den Antragsteller geltend gemacht werden kann, ist eine Antragsbefugnis festzustellen. In diesem Zusammenhang sei zudem auf § 45 Abs. 9 S. 3 StVO verwiesen. Danach dürfen Beschränkungen des fließenden Verkehrs nur angeordnet werden, wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der oben genannten Rechtsgüter erheblich übersteigt. Die örtlichen Verhältnisse lassen nicht den Schluss zu, dass das vorliegende Risiko das allgemeine Risiko der Benutzung des Straßenverkehrs erheblich übersteigt. Eine Querung einer Landesstraße im ländlichen Raum mit geringerem Verkehrsaufkommen birgt stets ein Risiko- auch innerorts.

Sie berufen sich darauf, dass Sie eine Kindereinrichtung betreiben, welches ein Einschreiten erfordern würde.

Gemäß § 45 Abs. 9 Nr. 6 StVO ist auf Straßen des überörtlichen Verkehrs u.a. vor Kindertagesstätten eine streckenbezogene Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h vorzunehmen, ohne dass hierfür eine besondere örtliche Gefahrenlage wie oben beschrieben nachgewiesen sein muss. Die Aufzählung der sensiblen Einrichtungen in § 45 Absatz 9 Satz 4 Nr. 6 StVO ist abschließend.

Bei der von Ihnen betriebenen Einrichtung „Kleine Füchse“ handelt es sich um eine Kindertagespflegestelle (§ 2 Absatz 3 Kindertagesstättengesetz – KitaG). Die Einrichtung ist keine Kindertagesstätte (§ 2 Absatz 2 des KitaG). Die Gesetzesänderung zielte darauf ab, das erhöhte Verkehrsaufkommen in den Bereichen vor Kindertagesstätten zu entzerren. Der Gesetzgeber wollte eine Reduzierung des besonderen Risikos aufgrund des hohen Ziel- und Quellverkehr von ankommenden und abfahrenden Fahrzeugen mit all seinen kritischen Begleiterscheinungen (Parksuchdruck, Fahrbahnquerungen, ständiges Ein- und Aussteigen sowie ständiger Wechsel des fließenden und des ruhenden Verkehrs) herbeiführen. Es könnten daher allenfalls Großtagespflegestellen unter den Schutzzweck der Regelung fallen. Unter einer Großtagespflegestelle wird der Zusammenschluss von Tagespflegepersonen verstanden, die mit ihren jeweils bis zu fünf gleichzeitig anwesenden fremden Kindern eine Kindertagespflege in geeigneten Räumen anbieten. Unabhängig davon, dass Großtagespflegestellen im Land Brandenburg bisher nicht gesetzlich geregelt sind, liegt ein Zusammenschluss von Tagespflegepersonen offensichtlich nicht vor, so dass das erhöhte Verkehrsaufkommen vorliegend nicht erreicht wird. Unter Berücksichtigung des Vorgenannten wird Ihre Einrichtung deshalb von den Schutzzielen dieser Regelung nicht erfasst.

Nach den bisher durchgeführten Prüfungen ergibt sich keine abweichende Bewertung der Gefahrenlage. Weiterführende straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen sind nicht erforderlich und nach § 45 StVO gegenwärtig auch nicht zulässig.

Unser Landkreis könnte als Flächenlandkreis und aufgrund der Anzahl der Tagespflegestellen auch an anderen Ortslagen von der beschriebenen Problematik betroffen sein. Als Landrätin beabsichtige ich die Interessenvertretung der Landkreise, den Landkreistag des Landes Brandenburg, auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Freundliche Grüße



Wehlan

04. Feb. 2022